

**Niederschrift über die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
**vom 27.02.2023**

Tagungsort: Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis, Lindenhof 1, 99974 Mühlhausen, Barbaraheim  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:20 Uhr  
Sitzungsleitung: Ausschussvorsitzender, Micha Hofmann  
Schriftführung: Büro Kreistag

**Anwesenheiten:**

- **Stimmberechtigte Mitglieder**  
Zanker, Claudia  
Kleemann, Dagmar  
Monika Ortmann  
Schlegel, Edgar  
Hofmann, Micha  
Wartmann, Marko  
Haupt, Wolfgang  
Görlach, Lutz  
Jugl, Grit  
Rahn, Matthia
  
- **Beratende Mitglieder**  
Landrat, Harald Zanker  
Ambos, Manuela i. V. für Diana Wehenkel  
Vogler, Katrin  
Lier, Kai  
Hellbach, Daniela  
Schatz, Ines  
Dr. Köhler-Ilgen, Andrea  
Wehner, Steffen  
Dr. Köster, Thomas  
Dr. Beck, Jörg  
Goericke, Bettina  
Stein, Julia  
Kühler, Tobias i. V. für Thomas Münnemann  
Worch, Diana

Schulz, Thomas  
von den Eicken, Adrian  
Kühn, Sophia

- **Verwaltung**  
Ortmann, Doreen (FD JuB)  
Geithner, Kordula (FD JuB)  
Junker, Andrea (Kreistagsbüro)  
Zimmermann, Laura (Kreistagsbüro)
- **AG-Sprecher**  
Genzel, Susanne (AG Kita)  
Weber-Ludwig, Susanne (AG Kita)  
Pohl, Anika (AG Erzieherische Hilfen)  
Reinhardt, Tomm (AG Jugendarbeit)
- **Entschuldigt gefehlt:**  
Roth, Hans-Joachim  
Croll, Jane  
Sell, Stefan  
Lohe, Kristina  
Kürbis, Viola
- **Unentschuldigt gefehlt:**  
Boelecke, Bastian  
Reinz, Matthias  
Henning, Andreas  
Liebau, Kristin  
Schuster, Max

Vorgeschlagene Tagesordnung:

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Anfragen
- 4 Beratung und Beschlussfassung über die Niederschrift der Sitzung vom 14. November 2022
- 5 Beratung und Beschlussfassung über die Niederschrift der Sitzung vom 14. Dezember 2022
- 6 Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften

- 6.1 AG KiTa
- 6.2 AG Jugendarbeit
- 6.3 AG Erzieherische Hilfen
- 7 Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit / Jugendschutz
  - 7.1 Beratung und Beschlussfassung über die Bedarfsermittlung der Schulsozialarbeit im Unstrut-Hainich-Kreis
  - 7.2 Information zu den Haushalts-Auswirkungen auf die örtliche Jugendförderung
- 8 Allgemeiner Sozialer Dienst
  - 8.1 Information über das neu erarbeitete Konzept "Bereitschaftspflege"
- 9 Jugendhilfe für Migranten - aktuelle Zahlen sind beigefügt
- 10 Jugendhilfeplanung
  - 10.1 Bericht aus der Jugendhilfeplanung mit Schwerpunkt der Jugendbeteiligung
- 11 Kindertagesbetreuung - kein Beratungsgegenstand in dieser Sitzung
- 12 Amtsvormundschaft/-pflegschaft, Beistandschaft, Beurkundung, UVG
  - 12.1 Bericht zur Struktur und den Aufgaben des neuen Fachdienstes ABU
- 13 Team Leistung - kein Beratungsgegenstand in dieser Sitzung
- 14 Weitere Berichte aus dem Landratsamt
  - 14.1 Personelle Veränderungen im Fachdienst Familie und Leistung
  - 14.2 Personelle Veränderungen im Fachdienst Jugend und Bildung
- 15 Bericht der Verwaltung über die Haushaltsrealisierung 2022
- 16 Verschiedenes

### **Zum TOP 1**

#### **Eröffnung und Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hofmann, eröffnete die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung.

Er stellte mit 10 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

## **Zum TOP 2**

### **Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Hofmann wies darauf hin, dass er zum TOP 16 (Verschiedenes) Informationen zu Beschlüssen des Landesjugendhilfeausschusses einbringen wolle. Er gab bekannt, dass es eine Vereinbarung mit der Verwaltung und dem Landrat gebe, sodass ab der nächsten Sitzung ein neuer Punkt – Informationen aus dem Landesjugendhilfeausschuss – in die Tagesordnung aufgenommen werde.

Es gab keine Wortmeldungen.

Herr Hofmann rief zur Abstimmung über die Tagesordnung auf. Diese wurde einstimmig mit 10 Ja-Stimmen angenommen.

## **Zum TOP 3**

### **Anfragen**

Herr Hofmann gab bekannt, dass keine schriftlichen Anfragen vorliegen würden. Er fragte nach, ob es mündliche Anfragen an den Jugendhilfeausschuss gebe?

Es gab keine Wortmeldungen.

## **Zum TOP 4**

Mit der Drucksache-Nr.: JHA/BV/090/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Beratung und Beschlussfassung über die Niederschrift der Sitzung vom 14. November 2022 – vor.

Herr Hofmann verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Hofmann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Niederschrift der 15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 14. November 2022 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: JHA/B/090-17/2023**.

### Zum TOP 5

Mit der Drucksache-Nr.: JHA/BV/091/2023 lag die Verwaltungsvorlage – Beratung und Beschlussfassung über die Niederschrift der Sitzung vom 14. Dezember 2022 – vor.

Herr Hofmann verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Hofmann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Niederschrift der 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 14. Dezember 2022 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: JHA/B/091-17/2023**.

### Zum TOP 6

#### **Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften**

##### TOP 6.1 - AG KiTa

Frau Genzel gab bekannt, dass sich der Sprecherrat der AG Kita aufgrund personeller Veränderungen bei den Trägern neu aufstellte. Der neue Sprecherrat bestehe jetzt aus Frau Weber-Ludwig, Frau Genzel und Frau Gans aus dem Landratsamt. In wechselnder Besetzung werde zukünftig im Jugendhilfeausschuss Bericht erstattet.

Sie berichtete, dass sich die AG Kita viermal im Jahr treffe. In der ersten Sitzung war die Kreiselternsprecherin, Frau Liebau, zu Gast und klagte über Netzwerkprobleme im Kreis, da für sie es schwer sei Anschluss zu finden. Man habe geschaut, wie man sie unterstützen könne und auch, wo sie die AG Kita durch ihre Anbindung auf Landesebene zur Landeselterntervertretung unterstützen könne. Themenbezogen wolle man sie hin und wieder zu den Sitzungen einladen, damit auch das Mitbestimmungsrecht der Eltern Unterstützung finde.

Ein weiteres Thema war die Novelle des KitaG. Im Kita-Bereich sei man in den letzten Jahren sehr viel mit Projekten gesegnet gewesen, da die AG dadurch persönlich und auch mit Sachmitteln unterstützt wurde. Das Problem an Projekten sei jedoch, dass

diese zeitlich befristet und mit einem hohen Aufwand verbunden sind. Man wünsche sich daher Mittel in der Verstetigung bereitzustellen.

Außerdem sei in Aussicht gestellt worden, dass sich der Personalschlüssel nochmals verändere und die praxisintegrierte Ausbildung Verstetigung finden solle. Die Träger könnten dies mit den Kommunen direkt abrechnen, wodurch auch die schwerfälligen Bearbeitungszeiten auf Landesebene wegfallen könnten.

Weitere Themen waren unter anderem die Verwendungsnachweisführung für die Fachberatung, der Kinderschutzfachtag sowie die berufsbegleitende Ausbildung von Heilpädagogen. Kritisch wurde über die zum Teil sehr langen Bearbeitungszeiten bei der Eingliederungshilfe diskutiert.

### **TOP 6.2 - AG Jugendarbeit**

Herr Reinhardt stellte sich vor und berichtete dass Frau Müller aus persönlichen Gründen als beratendes Mitglied zurückgetreten sei und daher am 14.03.2023 eine Neuwahl erfolgen solle. Die AG habe in ihrer ersten Sitzung festgelegt, dass man zu bestimmten Themen Unterarbeitsgruppen bilden wolle. Die erste Unterarbeitsgruppe habe sich zur Erarbeitung eines Leitbildes für die AG Jugendarbeit gebildet.

Die AG treffe sich vier bis fünf Mal im Jahr, welche zeitnah nach den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses stattfinden sollen. In diesen Sitzungen werde es fortan immer einen fachlichen Input geben, aktuell unter anderem gehe es um die Kinderschutzkonzepte in der offenen Arbeit und die psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen.

### **TOP 6.3 – AG Erzieherische Hilfen**

Frau Pohl erzählte, dass sich die AG Erzieherische Hilfen immer vor den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses treffe, um taggetreu zu berichten. Beim heutigen Treffen waren 13 Vertreter aus den unterschiedlichen Einrichtungen da. Es wurde festgestellt, dass alle Einrichtungen gut belegt seien, auch personell. Problem sei weiterhin noch die Beschulung. Durch Ausfall von Unterricht müsse die Betreuung der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen auch vormittags sichergestellt werden. Zudem wurden über die Tarifverhandlungen gesprochen sowie über Themenvorschläge der kommenden Sitzungen, wo es unter anderem um die Belegung der Kinder und Jugendlichen innerhalb des Kreises und der Einrichtungen gehe. Frau Liebmann vom Landesjugendamt für den Bereich der Heimaufsicht sei auch bereits für die nächste Sitzung im Mai eingeladen.

Sie informierte weiterhin über den Rücktritt von Frau Adomat aus der AG im vergangenen Jahr. Daher wurde heute das dritte Sprecher-Mitglied gewählt, welches Herr Schulz ist.

Außerdem erklärte Sie, dass die Frage von Frau Herold aus der letzten Sitzung zur 2/3-Regelung der Klassenfahrten, bei der 2/3 der Kosten von der wirtschaftlichen Jugendhilfe übernommen werden und der Restbetrag vom Taschengeld gezahlt werden müsse, nochmals in der AG aufgegriffen wurde. Sie führte dazu aus, dass 2/3 der Kosten von der wirtschaftlichen Jugendhilfe übernommen werde und die anderen 1/3 seien in den Entgelten mitverhandelt von den Trägern und werden dafür auch genutzt. Das Geld vom Taschengeld zu nehmen sei nicht Sinn und Zweck und dürfe so nicht sein.

## Zum TOP 7

### **Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit / Jugendschutz**

#### TOP 7.1

Mit der Drucksache-Nr.: JHA/BV/088/2023 lag die Verwaltungsvorlage - Beratung und Beschlussfassung über die Bedarfsermittlung der Schulsozialarbeit im Unstrut-Hainich-Kreis - vor.

Frau Ortmann (FD JuB) erläuterte, dass aktuell 22 Schulsozialarbeiterinnen an 29 Schulen tätig sind. Die letzte Bedarfserhebung liege schon 5 Jahre zurück. Aufgrund der vehementen Veränderungen auch für die Kinder und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie und die einhergehenden Schulschließungen sowie durch den anhaltenden Krieg und die damit verbundenen Fluchtbewegung sehe sie eine Bedarfserhebung als zwingend erforderlich an.

Herr Hofmann fragte nach, welche Auswirkungen dies perspektivisch auf die Struktur der Schulsozialarbeit haben kann und was sich bei veränderten Ergebnissen ergeben würde?

Frau Ortmann (FD JuB) merkte an, dass dies erst der zweite Schritt sei, da man erst im Unterausschuss erklären müsse, wie man die Bedarfserhebung angehe und durchführe.

Frau Vogler fügte hinzu, dass es bei einer feststehenden Summe, welche man aus dem Landeshaushalt zur Verfügung habe, zur möglichen Veränderung der Stellenanteile kommen könne, wenn man die tariflichen Veränderungen betrachte. Das Thema, welches Frau Pohl ansprach, wolle man evtl. als Indikator mit hineinnehmen, denn es gebe mehrere Faktoren, die man berücksichtigen müsse.

Herr Hofmann erkundigte sich, in welchem zeitlichen Rahmen die Befragung geplant sei und wann man dann mit Ergebnissen rechnen könne?

Frau Ortmann (FD JuB) antwortete, dass es noch in diesem Jahr Ergebnisse gebe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Hofmann rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Jugendhilfeausschuss beauftragt das Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis, Fachdienst Jugend und Bildung, mit der Durchführung einer Bedarfserhebung zur Umsetzung der Schulsozialarbeit im Unstrut-Hainich-Kreis.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 10 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: JHA/B/088-17/2023.**

**TOP 7.2 – Information zu den Haushalts-Auswirkungen auf die örtliche Jugendförderung**

Frau Vogler erklärte, dass die Verwaltung in der vorläufigen Haushaltsführung sei und deshalb auch für die Jugendförderung der § 61 ThürKO in Kraft trete. Dies bedeute, dass man im Bereich der örtlichen Jugendförderung zuvörderst die Fördergelder ausreiche, die vertragsgebunden sind. Tatsächlich in erster Linie sei es die Sicherung der Jugendpauschalstellen, die im Jugendförderplan festgelegt und vertraglich gebunden seien.

Es sei momentan nicht erlaubt neue Verträge abzuschließen, deshalb hoffe man schnellstmöglich in die Haushaltslegitimation zu kommen, um die Mittel, welche zur Verfügung stehen auch auszunutzen. Inwiefern man im Laufe des Jahres zu einem Haushalt komme, werde auch beeinflussen, wie man Projekte, Ferienzuschüsse, Betriebskosten, Ausstattung, AG's, etc. finanzieren könne. Aus diesem Grund bat sie sensibler als in den letzten Jahren mit dem Thema vorzeitiger Maßnahmenbeginn umzugehen. Man werde Anträge genehmigen, aber es sei keine Verpflichtung einer Finanzierung damit verbunden.

Inwiefern Ausgaben überhaupt in den anderen Bereichen möglich seien, z. B. in der Richtlinienförderung, werde man mit dem Land und der GFAW abklären.

**Zum TOP 8****Allgemeiner Sozialer Dienst****TOP 8.1 - Information über das neu erarbeitete Konzept „Bereitschaftspflege“**

Frau Ambos, Teamleiterin des Allgemeinen Sozialen Dienstes, erläuterte die Aspekte des neu erarbeiteten Konzeptes „Bereitschaftspflege“ und berichtete von der Ausgangslage der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren. Sie ging dabei speziell auf die Inobhutnahme der Kinder im Unstrut-Hainich-Kreis im Alter von 0 bis 6 Jahren ein. Aufgrund des Mangels in der Altersgruppe 0-3 habe man eine Kooperation mit dem Hufeland Klinikum getroffen, sodass die Kinder nach der Geburt

auch dort in Obhut genommen werden können. Außerdem berichtete sie vom Stand der Pflegefamilien im Unstrut-Hainich-Kreis.

Weiterhin erklärte sie, was die Gewinnung von Pflegefamilien/ Bereitschaftspflegefamilien erschwert und welche Ziele das Konzept verfolgt bzw. welche Zielgruppe das Konzept ansprechen möchte. Es wurde ebenfalls über die Qualifizierung, Beratung und Fortbildung der Pflegeeltern durch den ASB Mühlhausen gesprochen sowie über die Finanzierung.

Aufgrund technischer Probleme werde die Präsentation den Ausschussmitgliedern im Nachgang zur Sitzung übersandt.

Herr Kühler fragte nach, ob das Kindergeld der Kinder und Jugendlichen mit in die 914,00 € einfließe? Zudem fragte er nach, ob auf die 914,00 € der Landkreis nochmal 275,00 € drauf zahle?

Frau Ambos antwortete, dass der Landkreis insgesamt die 914,00 € zahle, da dies der Grundbetrag sei. Durch das Konzept der Bereitschaftspflege würde man den Grundbetrag nochmals um 275,00 € aufstocken. Die Wirtschaftliche Jugendhilfe kümmere sich um die Kindergeldzahlungen. Sie behalte das Kindergeld ein und wenn die Kinder in einer Pflegefamilie auf Dauer seien, hätten die Pflegeeltern die Möglichkeit das Kindergeld selber zu beantragen und bekommen dies dann ergänzend.

Da der Landkreis sich in einer vorläufigen Haushaltsführung befinde, sei man gespannt, ob man Pflegeeltern zu diesen Konditionen gewinne.

Herr Hofmann wollte wissen, ob das Konzept mehr oder weniger eine Fortschreibung sei, nach der gearbeitet werde und es demnach keinen Stichtag gebe, ab wann man nach dem neuen Konzept arbeite?

Frau Ambos erklärte, dass es die Bereitschaftspflege in dem Sinne noch nicht gegeben habe. Es sei das erste Konzept zur Bereitschaftspflege was jetzt erarbeitet wurde. Die Schulungen sollen im April stattfinden, vorausgesetzt man könne Bewerber gewinnen.

## **Zum TOP 9** **Jugendhilfe für Migranten**

Herr Hofmann berichtete, dass den Ausschussmitgliedern die Zahlen zugegangen seien.

Es gab keine Wortmeldungen seitens der Mitglieder.

## Zum TOP 10 Jugendhilfeplanung

### TOP 10.1 - Bericht aus der Jugendhilfeplanung mit Schwerpunkt der Jugendbeteiligung

Herr Hofmann gab bekannt, dass ein Bericht aus der Jugendhilfeplanung mit Schwerpunkt der Jugendbeteiligung folge und übergab das Wort an Frau Geithner.

Frau Geithner berichtete, dass ein großes Ziel des Jugendförderplanes die Implementierung und Begleitung der Jugendbeteiligung auf kommunaler und Landkreisebene sei. Bis Ende 2024 solle dies ausgebaut werden und eine Verselbstständigung bis 2027 erfahren. Die wichtigen gesetzlichen Grundlagen dafür seien Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention, § 8 SGB VIII, § 26 ThürKO und die Landesstrategiemitbestimmung junger Menschen aus Thüringen.

Die Implementierung der Jugendbeteiligung im Jugendhilfeausschuss habe bereits gut funktioniert, solle aber nur ein Anfang sein. So erzählte sie, dass sie sich mit den Jugendlichen immer vor den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses treffe, um Fragen zu klären usw.

Zurzeit sei sie dabei ein Beteiligungskonzept zu erarbeiten, um festzuschreiben, was es im Landkreis schon gebe, wo man hin möchte und was wichtig sei.

Sie erzählte, dass es bereits zwei Gemeinden gebe, welche sich am Programm „Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Thüringer Kommunen“ beteiligten. Auch in diesem Jahr bestehe wieder die Möglichkeit an diesem teilzunehmen. Mit der Implementierung der Jugendkoordinatoren sollen die Kinder und Jugendlichen in den Gemeinden unterstützt werden. In den meisten Hauptsatzungen sei die Jugendbeteiligung bereits aufgenommen, einige Gemeinden seien in diesem Jahr noch an der Überarbeitung.

Außerdem sei das Jugendparlament in Bad Langensalza gegründet worden und bald werde auch die Stelle im Mehrgenerationenhaus in Mühlhausen wieder besetzt, wo das Jugendbüro seine Arbeit für die Stadtpolitik und Jugendbeteiligung in der Stadt wieder aufnehmen könne. Eine neue Beteiligungsmöglichkeit habe man aktuell für Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen angestoßen. Dementsprechend haben die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit bei einem ersten Treffen sich zu vernetzen. Unterstützung bekommen man vom Cearleaverzentrum und der Ombudsstelle.

Die Träger seien bei Projekten angehalten, dass Kinder und Jugendliche die Maßnahmen mit planen. Das Jugendforum werde weiterhin unterstützt. Letztes Jahr habe man eine Toleranzwoche für Schüler gemacht sowie eine Schülerbefragung. Auch für dieses Jahr sei diese geplant.

Man versuche die Schulen anzuhalten, an der Beteiligung weiterzuarbeiten. Frau Hochheim hatte im Dezember Materialien für den Klassenrat an alle Schulen gesetzt. Die erste Schule im Kreis habe in ihrem Schulkonzept schon die Gründung eines Schülerparlaments stehen.

Des Weiteren berichtete sie vom Projekt „Demokratie Leben“ und vom Beteiligungsprojekt „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“, welches Bundesministerium komme. Entstanden sei dieses vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Antragsberechtigt waren alle Landkreise, Städte und Gemeinden. Man habe sich für drei Stadtgebiete beworben, in welchen der Sozialindex laut Sozialplanung besonders hoch war und man habe auch die Zusage bekommen. Im Laufe des Jahres könne man somit Projekte für und mit Kindern umsetzen. Dazu müsse jeweils ein Zukunftsausschuss aus Kindern und Jugendlichen, begleitet von Erwachsenen gebildet werden, um Projektideen zu schaffen, zu bewerten und zu beantragen. Es stehe eine beträchtliche Summe an Projektmitteln zur Verfügung und man spreche über die Stadtkerne von Mühlhausen, Bad Langensalza und Schlotheim. Die Bildung des jeweiligen Zukunftsausschusses liege in der Hand der Jugendkoordinatoren. Anträge können von allen Trägern gestellt werden und seien auf der Internetseite des Landkreises zu finden.

Ebenso sollen Zukunftswerkshops stattfinden. Mit den Jugendvertretern habe Frau Geithner bereits einen Jugendworkshop gestartet, welche weitere Ideen für Projekte in diesem Jahr entwickeln möchten.

Frau Vogler fügte hinzu, dass die Antragstellung sehr schwierig und relativ kurz gewesen sei. Außerdem sei wenig vorgegeben gewesen, da es sich um ein Bundesprogramm handle. Auch aufgrund der Situation rund um den Haushalt sei man sehr glücklich, dass man nun hierüber viel ausgleichen könne, da es eine 100%-Finanzierung sei.

### **Zum TOP 11** **Kindertagesbetreuung**

Herr Hofmann gab bekannt, dass der Tagesordnungspunkt kein Beratungsgegenstand in dieser Sitzung sei.

### **Zum TOP 12** **Amtsvormundschaft/-pflegschaft, Beistandschaft, Beurkundung, UVG**

#### **TOP 12.1 - Bericht zur Struktur und den Aufgaben des neuen Fachdienstes ABU**

Herr Hofmann erklärte, dass dieser Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung verschoben werde, da eine geplante Visualisierung der Präsentation aufgrund technischer Probleme nicht erfolgen könne.

### **Zum TOP 13** **Team Leistung**

Herr Hofmann gab bekannt, dass der Tagesordnungspunkt kein Beratungsgegenstand in dieser Sitzung sei.

## **Zum TOP 14** **Weitere Berichte aus dem Landratsamt**

### **TOP 14.1**

Frau Ambos informierte, dass es im Fachdienst Familie und Leistung vier personelle Veränderungen gebe. Zum 31.01.2023 gab es im Fachdienst einen Renteneintritt, wodurch eine Kollegin aus ihrem befristeten Arbeitsverhältnis in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis wechseln konnte. Weiterhin würden zwei weitere Kollegen aus der Elternzeit zurückkommen.

### **TOP 14.2**

Frau Vogler verkündete, dass es im Fachdienst Jugend und Bildung keine personellen Veränderungen gebe.

## **Zum TOP 15** **Bericht der Verwaltung über die Haushaltsrealisierung 2022**

Herr Hofmann erklärte, dass auch dieser Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung verschoben werde, da eine geplante Visualisierung der Präsentation aufgrund technischer Probleme nicht erfolgen könne.

## **Zum TOP 16** **Verschiedenes**

Herr Hofmann berichtete, dass er wie angekündigt einige Informationen zu den Beschlüssen und Themenfeldern des Landesjugendhilfeausschusses geben wolle.

Zum einen sei eine neue fachliche Empfehlung zu Fachkräften beschlossen wurden, da sich viele verschiedene neue Abschlüsse in das ganze System einschlichen und diese durch das alte System nicht berücksichtigt werden konnten.

Außerdem sei eine Neufassung einer Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an den Träger der freien Jugendhilfe erstellt worden. Die Neufassung habe sich aufgrund der Bedarfslagen im Landesjugendförderplan 2023-2027 ergeben. Die neuen Bedarfslagen ergeben sich insbesondere aus der Förderung von mehrjährigen Projekten, welche beschlossen worden.

Weiterhin laufe das Stellungnahme-Verfahren bezüglich des neuen Kita-Gesetzes, bei der die praxisintegrierte Ausbildung sowie die Tarifanpassungen eine wichtige Rolle spielen.

Es gab unterschiedliche Arbeitsgemeinschaften auf der Landesebene im Bereich der Kindertagesbetreuung, der Erstellung eines Notfallkalenders für Kindertageseinrichtungen und der fachlichen Empfehlung zur Umsetzung der Fachberatung in Kindertageseinrichtungen. Alle drei Arbeitsgemeinschaften wurden nun zu einer neuen AG Kindertagesbetreuung zusammengefasst. Diese setzte sich zusammen aus Vertretern der LIGA, der kommunalen Spitzenverbänden, der Landeselternsprecher, des Landesjugendhilfeausschusses, der Familienverbände und des Ministeriums.

Zudem wurde ein Entwurfspapier von der AG Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe erarbeitet und vorgestellt. Es sei ein spannendes Themenfeld, was sicherlich auch früher oder später den Jugendhilfeausschuss im Landkreis betreffe.

Durch die Haushaltssituation auf der Landesebene ist es dazu gekommen, dass die Finanzierung der Landeskoordination von der Fachstellen ThEKiZ aus dem Landeshaushalt 2024 geflogen sei. Der Landesjugendhilfeausschuss habe sich nochmals intensiv damit beschäftigt und dazu auch einen Beschluss gefasst, dass dies zu revidieren sei.

Er fügte dem hinzu, dass die Beschlussvorlagen des Landesjugendhilfeausschusses dem Protokoll der heutigen Sitzung digital mit angehängen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Um 18:20 Uhr war die Sitzung des Jugendhilfeausschusses beendet. Der Sitzungsverlauf wurde zur Anfertigung der Niederschrift aufgezeichnet.

Hofmann  
Ausschussvorsitzender

Zimmermann  
Schriftführerin